

Fraktionsvorsitzender
Walter Schleef

Offener Brief an den Rats Herrn Axel Brammer (SPD)

Sehr geehrter Herr Brammer,
lieber Ratskollege!

Sie sind seit über dreißig Jahren SPD Mitglied und fast genauso lange Rats Herr der Gemeinde Hatten. Nach der Landtagswahl 2008 zogen Sie in den Landtag ein. Vor 10 Jahren ein weiteres Mal als erster Nachrücker über den Listenplatz. Bei der Landtagswahl 2022 traten Sie nicht wieder an.

Mit Respekt vor Ihrer politischen Lebensleistung darf ich vermuten, dass Sie den Umgang innerhalb Ihrer Partei und unter den politischen Mitbewerbern in der Ratsarbeit der Gemeinde Hatten die letzten 30 Jahre mitgeprägt haben.

Sie haben drei überparteiliche Wählerlisten (UHL, Bürgerfrische, FHL) überdauert, auch wenn Ihr Ortsverein der SPD nicht frei von Skandalen war. Vielleicht haben gerichtliche Verfahren zwischen ehemaligen SPD Ratsmitgliedern, die sich über Jahre bis kurz vor die Kommunalwahlen 2021 hinzogen, dazu beigetragen, dass Ihre Partei den eigenen Bürgermeisterkandidaten 2021 in der Bevölkerung nicht durchsetzen konnte. Doch noch immer stellt der Ortsverein der SPD mit ca. 30 % der Stimmen die stärkste Partei in der Gemeinde. Die SPD hat 9 von 31 Sitzen im Gemeinderat und 2 von 7 Sitzen im Verwaltungsausschuss. Dank Ihrer politischen Vernetzung können Sie unverändert Einfluss auf die Entwicklung unserer Gemeinde nehmen. Aber auch auf die Form des zwischenmenschlichen Umgangs bei politischen Diskursen; sprich Meinungsverschiedenheiten in der Ratsarbeit. Ein Erfordernis in einer funktionierenden Demokratie. Abseits der Tatsache, dass das Verhalten einzelner SPD Fraktionsmitglieder über Jahre vor Gerichten behandelt wurde, ohne zweifelsfrei die Wahrheit für die Bürger der Gemeinde ans Licht zu bringen.

Vor diesem Hintergrund sind wir vom Team Hatten mit nur 3 Ratsmitgliedern sehr verwundert über Ihr Verhalten und das einiger Mitglieder Ihrer Fraktion in den Sitzungen. Die Fraktion Team Hatten bekennt sich ausdrücklich zu einer demokratischen und rechtskonformen Ratsarbeit. Leider hat Ihr persönliches Verhalten, Herr Brammer, in der Ratssitzung am 8. März ein Ausmaß erreicht, dem wir uns hiermit öffentlich entschieden entgegenstellen.

Natürlich können Sie die „Nichtbefassung“ beantragen, wenn Sie den inhaltlichen Diskurs vermeiden möchten, der in einer Demokratie zu Kompromissen führen sollte. Natürlich können Sie „Änderungsanträge“ zu Anträgen der Fraktion Team Hatten stellen, um unsere Ziele abzuwenden. Dies lassen die Kommunalverfassung und unsere Geschäftsordnung zu. Natürlich können Sie – unter Vernachlässigung des Sachverhalts- auf der persönlichen Linie argumentieren. Das ist demokratisch.

Auch wenn Ihre Anträge vereinzelt offensichtlich gegen geltendes Recht verstoßen und wir dazu Urteile zitieren, ist es hinnehmbar, wenn Sie dennoch versuchen, Ihre

persönlichen und parteipolitischen Ziele zu erreichen. Hier kommt der eigenständigen Rechtsprüfungspflicht des Bürgermeisters eine besondere Bedeutung zu.

Die Fraktion Team Hatten wird im Rat keine „Nichtbefassung“ beantragen, da wir dies grundsätzlich für wenig demokratisch halten. Natürlich nutzen auch wir das Recht „Änderungsanträge“ zu stellen, wenn wir dies als förderlich für eine gute Gemeindepolitik bewerten.

Fragwürdig ist es, dass die SPD Fraktion Rechte beansprucht, die sie der Fraktion Team Hatten nicht zugestehen will. Dies steht einer alt-ehrwürdigen Partei wie der SPD nicht gut zu Gesicht: mehrfach beantragt die SPD „Nichtbefassung“ zu unseren Anträgen. Ein Fraktionsmitglied der SPD fordert sogar „Nichtbefassung“, weil unsere Fraktion einen Änderungsantrag zum Antrag der SPD stellt. Mehrfach reagiert eine SPD Ratsfrau „empört“ auf einen Änderungsantrag, obwohl unsere Geschäftsordnung dies ausdrücklich vorsieht. Zu Beginn der Ratsarbeit entriss ein SPD Fraktionsmitglied - trotz jahrzehntelanger Erfahrung im Rat - dem Team Hatten sogar das gesetzlich verbiefte Rederecht. Diese Kette ließe sich fortsetzen.

Dieses Verhalten der SPD als stärkste Fraktion könnten wir leicht als politisches „Knallen mit den Hosenträgern“ ertragen. Doch in der Ratssitzung am 08. März sind Sie, Herr Brammer, weit über das Ziel hinausgeschossen. Sie haben in der öffentlichen Ratssitzung vor den anwesenden Ratsmitgliedern, Bürgern und Bürgerinnen angekündigt, dass „die Organe der SPD“ sich mit mir befassen werden. Sie haben angekündigt, dass der „Fliegenpilz“ sich mit mir befassen wird.

Ich sehe in Ihren Aussagen in der öffentlichen Ratssitzung, die zusätzlich online übertragen wurde, eine persönliche Bedrohung und bewerte Ihr Verhalten als inakzeptabel. Es darf nicht sein, dass Sie die Meinung eines gewählten Mandatsträger unserer Gemeinde unterdrücken wollen, indem Sie sachfremde Drohungen anführen. Den Vorsitz im Rat führt der Ratsvorsitzende!

Ihre Äußerungen verstehen wir als öffentliche Bedrohung und versuchte Einschüchterung eines gewählten Ratsmitgliedes. Ein Verhalten, dass unseres Erachtens einem ehemaligen Landtagsabgeordneten der SPD und „Berufspolitiker“ unwürdig ist.

Angriffe gegen kommunale Amts- und Mandatspersonen, wie Einschüchterungen, Hetze oder Gewalt, haben in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Ihre Fraktion, ja der gesamte Gemeinderat hat in jüngster Vergangenheit selbst darunter gelitten. Es wurden bundesweit Strategien zum Schutz von kommunalen Amts- und Mandatspersonen dagegen entwickelt.

„Fast 44 % verorten die Täterschaft im Regelfall im kommunalpolitischen Raum, also bei den **Angehörigen der eigenen oder einer anderen Fraktion oder Partei.**“

„Besonders **häufiges Ziel von Angriffen wird, wer sich inhaltlich klar für oder gegen bestimmte kommunalpolitische Themen positioniert**, z. B. die lokale Nutzung von **Windenergie**, ...

Nur eine Minderheit der Amts- und Mandatspersonen, die von mindestens einem Angriff berichten, vermutet einen radikalen politischen Hintergrund der Angriffe.“

Quelle: Opfer und Art der Übergriffe | Ministerium des Innern und für Kommunales (brandenburg.de)

Mit Blick auf die o.g. wissenschaftliche Studie bitte ich Sie, Herr Brammer, dieser Entwicklung keinen Vorschub in unserer Gemeinde zu leisten, bzw. einen Rückfall in unserem Gemeinderat zu provozieren. Bitte distanzieren Sie sich von einer potenziellen „**Täterschaft im Gemeinderat**“.

Der politische Diskurs ist in einer Demokratie unverzichtbar. Sie haben diesen sicherlich die letzten 30 Jahre erlebt. Sie sollten mit Blick auf Ihre starke Fraktion im Rat und im Verwaltungsausschuss die inhaltliche Auseinandersetzung im Sinne der Gemeindeentwicklung suchen und auf derartige Drohungen verzichten.

Wenn Kommunalpolitiker wegen Bedrohungen ihr persönliches Verhalten ändern oder ans Aufgeben denken, dann gefährdet das die demokratische Gesellschaft.

Der gesamte Gemeinderat hat durch das Verhalten einzelner Mitglieder der SPD Fraktion in der Vergangenheit schmerzliche Erfahrungen gemacht. Eine engagierte Ratsfrau wurde durch parteiinterne Konkurrenz zum Rückzug getrieben. Ein Ratsherr hat sein Mandat niedergelegt, der SPD Ortsvereinsvorstand trat geschlossen zurück. Intrigen hinterlassen immer Opfer, schaden der Demokratie, generieren Vertrauensverluste bei den Bürgerinnen und Bürgern. Sie sollten sich nicht wiederholen: wehret den Anfängen!

Daher wären die Unterzeichnenden Ihnen und Ihrer Fraktion dankbar, wenn Sie zukünftig auf Drohungen dieser Art verzichten. Wir bekennen uns zu einem kritischen Diskurs und haben schon einigen Ihrer Anträge zugestimmt. Dort wo wir das nicht können, sind die Gründe politischer - niemals persönlicher Natur.

Im Vertrauen auf eine konstruktivere Zusammenarbeit verbleibt die überparteiliche Wählerliste Team Hatten

Mit besten Grüßen



Andrea Porsch



Vedat Özipek



Walter Schleef



Christina Helmer



Simon Kiel



Martina Schleef-Brinkema



Stephan Behrens